

**abgeschlossen am  
23. Oktober 2002**

	<u>Seite</u>
<b>1. Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak erteilt</b>	<b>1</b>
<b>2. Überbrückungshaushalt verabschiedet</b>	<b>3</b>
<b>3. Rüstungsausgaben erhöht</b>	<b>4</b>
<b>4. Gesetz zur Modernisierung des Wahlverfahrens verabschiedet</b>	<b>4</b>
<b>5. Kompromiss zur staatlichen Unterstützung von Versicherungen gegen Folgen von Terroranschlägen</b>	<b>5</b>
<b>6. Entscheidung über ‚Department of Homeland Security‘ vertagt</b>	<b>6</b>
<b>7. Neuer Streit um Untersuchungskommission zu Terroranschlägen</b>	<b>8</b>
<b>8. Senator Torricelli zieht sich aus der Politik zurück</b>	<b>9</b>

**10/2002**

0. Repräsentantenhaus und Senat haben ihre Sitzungstätigkeit am 16./17. Oktober 2002 mit Blick auf die Wahlen zum Congress am 5. November unterbrochen. Da insbesondere die Haushaltsbewilligung noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Punkt 2), werden beide Kammern am 11./12. November 2002 ihre Arbeit wieder aufnehmen, um in einer lame duck session vor allem die diesbezügliche Entscheidungsfindung möglichst schnell abzuschließen.

## **1. Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak erteilt**

Im Rahmen der Kriegsvollmachten des Congress (*war powers*) haben Repräsentantenhaus und Senat am 10./11. Oktober 2002 dem Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak (*Authorization for the Use of Military Force Against Iraq*, H. J. Res. 114) zugestimmt (vgl. CR 9/2001, S. 1) und damit Präsident Bush, der auf einen „Regimewechsel“ in Bagdad drängt, bedeutende Vollmachten in seiner Irak-Politik eingeräumt. Bush hat der Entscheidung am 16. Oktober 2002 mit seiner Unterschrift Rechtskraft verliehen (*Public Law 107-243*), so dass einer militärischen Gewaltanwendung gegenüber dem Regime Saddam Husseins nun zumindest verfassungspolitisch nichts mehr im Wege steht.

Im Repräsentantenhaus stimmten 296 Abgeordnete für und 133 gegen die Irak-Resolution. Im Senat fiel die Entscheidung mit 77:23 Stimmen auf den ersten Blick ebenfalls sehr deutlich aus. Der überwältigende Abstimmungserfolg Bushs relativiert sich jedoch, wenn man ihn entlang der Fraktionszugehörigkeit aufbricht.

So stimmten im Repräsentantenhaus zwar 215 Republikanern, aber nur 81 Demokraten für die Ermächtigung, während sich 126 Demokraten (sowie 6 Republikaner und ein Unabhängiger) dagegen aussprachen. Im Senat waren es 48 Republikaner und 29 Demokraten, die für die Kriegsermächtigung votierten, während 21 Demokraten (sowie ein Unabhängiger und ein Republikaner) trotz des Drucks des Präsidenten gegen eine Autorisierung waren. Insgesamt sprachen sich also 263 von 270 Republikanern im Congress für die Irak-Resolution aus, während umgekehrt 147 von 257 Demokraten beider Kammern Bush die Gefolgschaft verweigerten.

Der Präsident hatte im Vorfeld der Entscheidung vor allem die Demokraten im Senat um *Majority Leader* Tom Daschle (S.D.) heftig angegriffen und ihnen vorgeworfen, „nicht an der Sicherheit des amerikanischen Volks interessiert zu sein“, was ihm von Daschle wiederum den Vorwurf der unverhüllten innenpolitischen Instrumentalisierung des Themas Irak eingetragen hatte.

In den Novemberwahlen befürchteten vor allem verwundbar geglaubte liberale Demokraten im Senat wie Max Cleland (Ga.), Tom Harkin (Iowa) und Paul Wellstone (Minn.) als unpatriotisch diffamiert zu werden, und sowohl Harkin als Cleland stimmten am Ende für die Ermächtigung, ebenso wie Daschle und *Minority Leader* Richard

A. Gephardt (D-Mo.) im Repräsentantenhaus, denen Ambitionen hinsichtlich einer Präsidentschaftskandidatur 2004 nachgesagt werden.

Insgesamt hat Präsident Bush seine Forderungen im Zuge der Beratungen mit dem Congress über eine Ermächtigungsresolution gedämpft. Nachdem er am 19. September 2002 zunächst eine Blankovollmacht zum militärischen Gewalteinsetz verlangt hatte, rückte er wenige Tage später von dieser Position ab und signalisierte Kompromissbereitschaft. Dies betraf sowohl die Beschränkung der Ermächtigung auf den Irak als auch die Bereitschaft zu Konsultationen im Rahmen der Vorgaben des Kriegsvollmachtengesetzes. Zumindest deklaratorische Kompromissbereitschaft ließ Bush auch im Hinblick auf diplomatische Alternativen im Rahmen der Vereinten Nation (VN) erkennen, die weiterverfolgt werden sollten. Damit sollte die Furcht vor einem unbeugsamen Alleingang der Administration – auch gegenüber der Weltorganisation – zerstreut werden.

Der Text des vom Congress verfüigten Ermächtigungsgesetzes sieht vor, dass

- der Präsident amerikanische Streitkräfte gegen den Irak einsetzen kann, um die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gegenüber der Bedrohung durch das Regime zu verteidigen;
- Bush den Congress spätestens 48 Stunden nach einem erfolgten Militäreinsatz darüber zu informieren hat, dass diplomatische oder andere friedliche Mittel alleine die Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht hinreichend schützen, beziehungsweise nicht zur Durchsetzung aller relevanten Irak-Resolutionen des Sicherheitsrates der VN führen;
- die Ermächtigung im Rahmen der *War Powers Resolution* (Public Law 93-148) zu betrachten ist;
- der Präsident dem Congress im Abstand von 60 Tagen schriftlich über den Stand eines Militäreinsatzes gegen den Irak zu berichten hat.

Mit dieser in Abschnitt 3c des Ermächtigungsgesetzes erfolgten Formulierung wird ausdrücklich der Bezug zu Abschnitt 5b des Kriegsvollmachtengesetzes aus dem Jahr 1973 hergestellt. Dort hatte der Congress im Lichte des Vietnam-Krieges eine Frist von 60 Kalendertagen festgelegt, nach der ein Einsatz von Streitkräften der Vereinigten Staaten durch den Präsidenten ohne entsprechende beziehungsweise weitere Autorisierung durch das Parlament zu beenden ist.

Zwar sind damit gegenüber der ursprünglich von Präsident Bush verfolgten Ermächtigungsresolution deutliche Einschränkungen durch den Congress erfolgt. Der Schatten der imperialen Präsidentschaft, der sich im Zuge von Vietnam und *Watergate* verkürzt hatte, ist dennoch länger geworden. Präsident Bush ist es gelungen, die Dominanz des Weißen Hauses in der Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik der USA im Angesicht der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nach dem 11. Sep-

tember neu zu begründen. Inwieweit es ihm dabei unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auch gelingen wird, gegen den historischen Trend Zugewinne seiner Partei in den *Midterm*-Wahlen am 5. November zu erzielen, bleibt abzuwarten.

## 2. Überbrückungshaushalt verabschiedet

Nachdem es dem 107. Congress bis zum 1. Oktober 2002, dem rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres 2003, nicht gelungen war, auch nur eines der 13 Bewilligungsgesetze für den neuen Bundeshaushalt zu verabschieden, haben sich beide Kammern notgedrungen auf eine Überbrückungsbewilligung verständigt. Mit dieser sogenannten *Continuing Resolution* wird der Bundeshaushalt vorübergehend auf der Höhe des Vorjahres fortgeschrieben. Sollte dies zunächst nur bis Mitte Oktober der Fall sein, hat der Congress zwischenzeitlich einen neuerlichen Überbrückungshaushalt bis zum 22. November verabschiedet.

Ob bis zu diesem Zeitpunkt die Haushaltsbewilligung tatsächlich abgeschlossen sein wird, bleibt allerdings fraglich, denn bis zu seiner Vertagung am 16./17. Oktober hatte der Congress gerade mal zwei der dreizehn Einzelbewilligungshaushalte für 2003, nämlich *Defense* und *Military Construction* (vgl. Punkt 3) verabschiedet. Auf Grund der Congress-Wahlen am 5. November 2002 wird das Parlament seine Sitzungstätigkeit jedoch erst am 11./12. November wieder aufnehmen, so dass nur noch 10 Tage für den Abschluss der restlichen 11 Bewilligungsgesetze verbleiben. Freilich kann der Congress sich auch in seiner *lame duck session* jederzeit weiterer Überbrückungsmaßnahmen bedienen, um die Arbeit einzelner Bundesbehörden nicht zum Erliegen zu bringen.

Tatsächlich ist es dem Congress seit Verabschiedung des *Budget and Impoundment Control Act* von 1974 nur dreimal, nämlich 1977, 1989 und 1997 gelungen, sämtliche Bewilligungshaushalte bis zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres am 1. Oktober zu verabschieden. Zu komplex erscheint die Haushaltsbewilligung in den Vereinigten Staaten als dass jede der 13 erforderlichen Bewilligungsentscheidungen fristgerecht gelingen könnte. Auffallend ist jedoch, dass bis zum 1. Oktober kein einziges der 13 Bewilligungsgesetze verabschiedet wurde, was insbesondere auf die starke parteilpolitische Polarisierung im Vorfeld der *Midterm Elections* zurückzuführen ist.

Dabei hat sicher auch die komplizierte Entscheidungsfindung im Hinblick auf die Ermächtigungsresolution für einen Militäreinsatz gegen den Irak (vgl. Punkt 1) und die festgefahrene Debatte über die Schaffung eines *Department of Homeland Security* (vgl. Punkt 6) eine Rolle gespielt. Nicht nur, dass beide Mehrheitsfraktionen, die Demokraten im Senat und die Republikaner im Repräsentantenhaus, sich gegenseitig vorwerfen, für die Versäumnisse politisch verantwortlich zu sein. Präsident Bush hat darüber hinaus gedroht, Mehrausgaben, die den groben Rahmen der Budgetresolution überschreiten, mit seinem Veto zu belegen.

### 3. Rüstungsausgaben erhöht

Der Congress hat im Rahmen seiner Haushaltsbewilligung 2003 für die Verteidigung (Defense Appropriations) ein Budget in Höhe von 355,1 Mrd. USD verabschiedet. Das entspricht einer Steigerung um 37,5 Mrd. USD gegenüber dem Vorjahr, 1,6 Mrd. USD weniger als Präsident Bush ursprünglich angefordert hatte.

In dieser Mittelzuweisung sind allerdings jene 10 Mrd. USD nicht enthalten, die Bush ursprünglich als eine Art „Reservefonds“ für einen zukünftigen Militäreinsatz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vom Congress verlangt hatte (vgl. CR 2/2002, S. 6). Über diese Mittel soll in einem Nachtragshaushalt beschlossen werden, wenn die Vereinigten Staaten einen Krieg gegen den Irak führen, für den allerdings Kosten von über 100 Mrd. USD angesetzt werden.

Rechnet man die im Haushalt für *Energy and Water Development* eingestellten Mittel für nukleare Waffenprogramme sowie für *Military Construction* zur Mittelbewilligung für das Pentagon hinzu, dann werden die Vereinigten Staaten im Jahr 2003 fast 400 Mrd. USD für die Rüstung ausgeben, das sind 100 Mrd. USD mehr als Russland, Japan, China, Frankreich, England, Deutschland, Italien, Saudi-Arabien und Brasilien zusammen für ihr Militär aufwenden.

Die USA unterstreichen damit ihre Vorstellung von uneingeschränkter militärisch-technologischer Überlegenheit, um jeden staatlichen oder nicht-staatlichen Aggressor mit militärischen Mitteln besiegen zu können. Dies deckt sich mit den von der Bush-Administration in ihrer *National Security Strategy* 2002 formulierten Grundlinien amerikanischer Weltpolitik, die die Stabilität des internationalen Systems im Sinne eines „distinctly American internationalism“ an militärische Dominanz koppeln (vgl. CR 9/2002, S. 7).

### 4. Gesetz zur Modernisierung des Wahlverfahrens verabschiedet

Der Congress hat Mitte Oktober 2002 einen Gesetzesvorschlag zur Modernisierung der Wahlverfahren und -einrichtungen verabschiedet, die in den USA von den Einzelstaaten kontrolliert werden. Präsident Bush hat angekündigt, dass er die zwischenparteiliche Kompromissvorlage unterzeichnen wird.

Der Senat nahm die Vorlage am 16. Oktober mit 92 gegen 2 Stimmen an. Das Repräsentantenhaus hatte sich bereits eine Woche zuvor mit 357 gegen 48 Stimmen für die Annahme ausgesprochen.

Das Gesetz

- gewährt den Einzelstaaten in den kommenden drei Jahren Subventionen in Höhe von 3,9 Mrd. USD, die diese für die Modernisierung der Abstimmungs-Automaten, Trai-

ning für Wahlhelfer und Aufbau zentraler, computerbasierter Wählerlisten verwenden können. Im Gegenzug müssen die Einzelstaaten neue Auflagen des Bundes in der Wählerregistrierung und Ausgestaltung des Wahlverfahrens erfüllen.

Mitglieder des Congress hatten mit der Reforminitiative auf die gravierenden Probleme bei der Stimmabgabe und Stimmauszählung in Florida während der Präsidentschaftswahlen 2000 reagiert (vgl. CR 11/2001, S. 7). Die Ausgestaltung des Stimmzettels ebenso wie Funktionsstörungen der Wahlautomaten und Stimmauszählungsmaschinen hatten die Entscheidung Floridas mit Blick auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen erheblich beeinträchtigt (vgl. CR 12/2000, S. 1).

Das erneute Auftreten von ernsthaften Mängeln in den demokratischen Gouverneursvorwahlen in Florida im September 2002, in denen die frühere Justizministerin Janet Reno ihrem innerparteilichen Konkurrenten William McBride unterlag, hatte der Verabschiedung des Gesetzes, die zwischenzeitlich fraglich erschien, den notwendigen Schub verliehen.

Umstritten war zwischen Republikanern und Demokraten vor allem, ob von den Einzelstaaten verlangt werden soll, dass neu registrierte Wähler bei ihrer ersten Stimmabgabe ihren Wohnsitz durch Dokumente wie Führerschein, Telefonrechnungen oder Bankauszüge nachweisen müssen.

Gegner der Bestimmung vor allem in den Reihen der Demokraten sehen hierin eine Benachteiligung von einkommensschwachen Wählergruppen, vor allem von Neueinwanderern und Wohnsitzlosen. Die Befürworter vor allem unter den Republikanern sehen diese Bestimmung jedoch als notwendiges Instrument zur Bekämpfung des Wahlbetrugs an.

Am Ende konnte das Gesetz durch das Einlenken der Demokraten in der Frage der Nachweispflicht mit breiten Mehrheiten in beiden Kammern verabschiedet werden. Die Bereitstellung der Fördermittel für die Einzelstaaten ist jedoch noch an die Verabschiedung einer entsprechenden Finanzbewilligung gebunden.

## **5. Kompromiss zur staatlichen Unterstützung von Versicherungen gegen Folgen von Terroranschlägen**

Mitte Oktober 2002 haben die führenden Unterhändler der beiden Parteien im Congress und der Administration, die seit mehreren Monaten an einer Regelung zur Absicherung privater Versicherungen gegen die Folgen von Terroranschlägen arbeiten, angekündigt, dass ein Kompromiss in greifbare Nähe gerückt ist.

Er sieht vor, dass

- der Bund in den nächsten drei Jahren ca. 100 Mrd. USD zur Verfügung stellt, um eine Versicherung gegen Terrorschäden zu gewährleisten. Schäden über 10 Mrd. USD sollen zu 90 Prozent vom Bund übernommen werden.

Die Gesetzesinitiative wurde nach den Terror-Anschlägen des 11. September 2001 eingebracht. Die Anschläge haben es insbesondere für die Eigentümer großer Gebäudekomplexe wie Firmen kostspielig oder unmöglich gemacht, Versicherungen abzuschließen, die Terrorschäden abdecken.

Dies kann, so die Befürchtung, zur Rückstellung von Neuinvestitionen führen und die ohnehin angeschlagene Wirtschaftskonjunktur beeinträchtigen. Vor allem Präsident Bush hat in den letzten Wochen wiederholt darauf hingewiesen, dass die konjunkturelle Erholung durch ein Verschleppen der Vorlage behindert werde.

Die Verhandlungen um die Gesetzesvorlage waren bisher an zwei strittigen Forderungen der Republikaner gescheitert:

- die Rückzahlung der geleisteten Subventionen durch die Versicherungen und
- den Schutz von betroffenen Unternehmen gegen Schadensersatzklagen in Folge von Terroranschlägen.

Demokraten hatten sich insbesondere dagegen gewendet, dass Unternehmen im Rahmen der Gesetzesinitiative von Schadensersatzklagen ausgenommen werden sollen und außerdem bemängelt, dass keine Rückzahlung der staatlichen Hilfen vorgesehen ist.

Der von dem Vermittlungsausschuss des Congress in Absprache mit der Administration ausgehandelte Kompromiss ist in der Frage einer späteren Rückzahlung im Detail noch offen. Senator Christopher Dodd (D-Conn.) und der Abgeordnete Michael Oxley (R-Ohio), die führenden Vertreter der beiden Seiten, zeigten sich jedoch zuversichtlich, dass eine Einigung unmittelbar bevorsteht. Die Gesetzesvorlage soll noch in der Sitzung des Congress nach den November-Wahlen verabschiedet werden.

## **6. Entscheidung über ‚Department of Homeland Security‘ vertagt**

Senat und Repräsentantenhaus haben Mitte Oktober 2002 ihre Sitzungspausen begonnen, ohne sich auf eine gemeinsame Gesetzesvorlage zur Schaffung eines *Department of Homeland Security* einigen zu können. Demokraten und Republikaner warfen sich gegenseitig vor, einen Kompromiss verhindert zu haben.

Der Vorschlag zur Einrichtung eines Ministeriums für nationale Sicherheit wurde in Reaktion auf die Terror-Anschläge vom 11. September 2001 zuerst von Demokraten um Senator Joseph I. Lieberman (D-Conn.) im Congress eingebracht (vgl. CR 5/2002, S. 4) und im Sommer 2002 von Präsident Bush aufgegriffen (vgl. CR 6-7/2002, S. 1).

Das neue Super-Ministerium soll alle für die nationale Terrorabwehr relevanten Behörden und Stellen unter einem Dach zusammenfassen und koordinieren. Nachdem die Administration ihre Einwände gegen eine Reorganisation des Regierungsapparats zurückgestellt hat, kommt der Gesetzesinitiative höchste Priorität im Bereich der inneren Sicherheit zu.

Dennoch ist es Congress und Administration bisher nicht gelungen, sich auf eine für beide Parteien tragfähige Lösung zu einigen. Senator Phil Gramm (R-Tx.) verhinderte kurz vor dem Beginn der laufenden Sitzungspause durch seinen Einspruch einen Vorschlag der Demokraten, zwei konkurrierende Vorlagen zur Abstimmung zu bringen.

Einstimmigkeit über Tagesordnungsfragen ist nach der Geschäftsordnung des Senats erforderlich, um Gesetzesvorlagen kurzfristig im Plenum behandeln zu können. Gramm bezeichnete den Vorschlag, zuerst über die republikanische und dann über die demokratische Vorlage abzustimmen, als parteipolitisches Manöver, das einen Abstimmungserfolg der Demokraten garantieren solle.

Im Gegenzug blockierte der Fraktionsgeschäftsführer der Demokraten, Senator Harry M. Reid (Nev.), die republikanischen Alternativvorschläge für ein Abstimmungsverfahren über die verschiedenen Gesetzesvorlagen.

Die zentrale Streitfrage, die die Verabschiedung des Gesetzes verhindert, ist unverändert die vom Präsidenten geforderte Ausweitung der Freiräume im Einsatz der Mitarbeiter des neuen Ministeriums. Während Bush eine Lockerung des öffentlichen Dienstrechts fordert, und hier insbesondere eine Ausweitung des Verbots gewerkschaftlicher Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen, halten die Demokraten bestehende Ausnahmeregelungen grundsätzlich für ausreichend.

Präsident Bush hat die Demokraten in den vergangenen Wochen wiederholt scharf angegriffen und ihnen vorgeworfen, ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften seien ihnen wichtiger als die nationale Sicherheit. Die Führung der Republikaner im Congress hat die Vorwürfe aufgegriffen und angekündigt, sie im Wahlkampf zum Thema zu machen.

Die Demokraten werfen den Republikanern wiederum vor, sie wollten die Gesetzgebung für ihren Feldzug gegen die Gewerkschaften missbrauchen und hätten in weiten Teilen kein Interesse an einem Sicherheitsministerium.

Meinungsumfragen zeigen, dass die Schaffung eines *Department of Homeland Security* breite Unterstützung in der Öffentlichkeit genießt. Eine Umfrage der *Princeton Survey Research Associates* für das Magazin *Newsweek* von Ende September 2002 legt



darüber hinaus nahe, dass ca. zwei Drittel der Bevölkerung die Position der Demokraten unterstützen. Unbeeindruckt von solchen Umfragen scheinen die Republikaner von ihrer Position überzeugt.

Angesichts der verschärften parteipolitischen Rhetorik sehen allerdings einige Congress-Mitglieder und Beobachter die Chancen für eine Einigung in den Streitfragen auch nach den Wahlen sinken. Die Gesetzesvorlage müsste dann im 108. Congress erneut eingebracht und beraten werden.

## **7. Neuer Streit um Untersuchungskommission zu Terroranschlägen**

Zwistigkeiten zwischen Präsident Bush und den Demokraten im Congress über die Leitung und das Procedere der geplanten unabhängigen Untersuchungskommission zu den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 haben die Aushandlung einer gemeinsamen Gesetzesvorlage (vgl. CR 8/2002, S. 9) verzögert.

Die unabhängige Kommission soll die Arbeit des gemeinsamen Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern der Geheimdienstausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat (vgl. CR 6-7/2002, S. 9) fortführen und einen auf zwei Jahre befristeten Untersuchungsauftrag erhalten.

Die Administration will insbesondere verhindern, dass

- die Kommission von zwei Vorsitzenden, von denen einer von den Republikanern und einer von den Demokraten ernannt werden soll, gemeinsam geleitet wird und
- fünf Mitglieder der 10-köpfigen Kommission, die jeweils zur Hälfte von Republikanern und Demokraten besetzt werden soll, Zeugenvorladungen aussprechen können.

Die Administration besteht darauf, nur einen Vorsitzenden der Kommission zu benennen und Zeugenvorladungen nur mit Stimmenmehrheit auszusprechen. Aus dem Weißen Haus war darüber hinaus zu vernehmen, dass Präsident Bush "echte zwischenparteiliche Kooperation" anstelle parteipolitischer Schuldzuweisungen erwartet.

Die Senatoren Joseph I. Lieberman (D.-Conn.) und John McCain (R-Ariz.), die die Vorlage zur Einsetzung einer Untersuchungskommission im Senat eingebracht haben, warfen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Nancy Pelosi (D-Cal.), der Fraktionsgeschäftsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, der Administration vor, die Verhandlungen in letzter Minute torpediert zu haben.

Vertreter der Opfer der Terroranschläge vom 11. September schlossen sich der Kritik an der Administration an. Sie forderten den Präsidenten auf, die Einsetzung der Kommission nicht zu verhindern. Die Administration wiederum, die sich anfänglich gegen

---

eine Untersuchungskommission ausgesprochen hatte (vgl. CR 9/2002, S. 3), beteuerte, dass sie die Gesetzesinitiative weiterhin unterstützt.

Dagegen kündigte Porter Goss (R-Fla.), der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus an, dass er die Beratung der Gesetzesvorlage im Congress zu verhindern beabsichtigt, so lange keine Einigung mit dem Weißen Haus zustande kommt.

Senator Richard C. Shelby (Alab.), der führende Vertreter der republikanischen Minderheit im Geheimdienstausschuss des Senats, zeigte sich ungeachtet der Auseinandersetzungen dennoch zuversichtlich, dass ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann.

## **8. Senator Torricelli zieht sich aus der Politik zurück**

Im Senat hat Robert G. Torricelli (N.J.) Ende September 2002 seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben. Der Demokrat, der seine Wiederwahl anstrebte, war nach einer Rüge des *Senate Ethics Committee*, das im Juli Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Wahlkampfspenden an den Senator moniert hatte, zunehmend unter Druck geraten.

Mit Torricelli verlieren die Demokraten im Senat kurz vor den Congress-Wahlen ein politisch als kaum verwundbar erachtetes Fraktionsmitglied, das sich auch als äußerst effektiver Vorsitzender des *Democratic Senatorial Campaign Committee* einen Namen gemacht hatte.

In dieser Funktion hatte der Demokrat in den Senatswahlen 2000 wesentlich zum Gewinn von vier zusätzlichen Sitzen seiner Fraktion beigetragen, die zur Pattsituation in der Kammer und später - nach dem überraschenden Austritt von James Jeffords (Vt.) aus der republikanischen Partei (vgl. CR 6-7/2001, S. 1) – zum Mehrheitswechsel führte.

An Stelle von Torricelli soll nun kurzfristig Frank R. Lautenberg den wichtigen Sitz für die Demokraten erringen. Lautenberg vertrat bereits von 1983 bis 2001 New Jersey im Senat und war einer der erbittertsten parteiinternen Kritiker Torricellis. Durch die Kandidatur des 78-jährigen, welche die Republikaner erfolglos mit einer Klage vor dem *Supreme Court* des Staates New Jersey zu verhindern suchten, haben sich die Chancen der Demokraten in New Jersey deutlich verbessert.

Am 5. November müssen 20 Republikaner und 14 Demokraten im Senat ihre Mandate verteidigen (vgl. CR 9/2002, S. 8ff.). Während für die Demokraten neben New Jersey vor allem Minnesota (Paul Wellstone) und South Dakota (Tim Johnson) kritisch sind, scheint für die Republikaner Arkansas (Tim Hutchinson) und New Hampshire (John E. Sununu) schwer umkämpft.